

Christian Pfeiffer: Politische und mediale Reaktion auf die Kriminalitätsentwicklung

In unserem Land wird nicht zutreffend über Kriminalität informiert. Dazu einige Beispiele. Nach den Daten der Polizei ist der vollendete Mord zwischen 1993 und 2004 von 666 um fast die Hälfte auf 352 Fälle zurückgegangen, der Autodiebstahl hat fast um drei Viertel abgenommen (- 73 %), zum Wohnungseinbruch verzeichnen wir eine Abnahme um 45 Prozent und zum Bankraub um 50 Prozent. Aber die Gewerkschaft der Polizei profiliert sich damit, die wenigen schlechten Nachrichten groß heraus zu stellen, die man aus der polizeilichen Kriminalstatistik auch ablesen kann. Und die Innenminister beschränken sich bei ihren jährlichen Pressekonferenzen darauf, jeweils nur den Vergleich zum Vorjahr zu präsentieren. Auf diese Weise merkt niemand, was hier wirklich abläuft.

Aber warum geschieht diese Irreführung der Öffentlichkeit? Was ist der Grund dafür, dass man die guten Nachrichten verschweigt? Liegt es vielleicht daran, dass Gewerkschaftsfunktionäre und Innenminister in der Sorge vereint sind, die Finanzminister könnten bei Kenntnisnahme der positiven Entwicklung auf die Idee kommen, im großen Stil Planstellen der Polizei zu kürzen? Oder haben sie sich so an die Pose des Retters gegen das angebliche wachsende Böse gewöhnt, dass sie gar nicht mehr anders können, als diese Rolle zu spielen?

Zwei Konsequenzen dieses systematischen Ausblendens guter Nachrichten sind kürzlich durch eine Repräsentativbefragung deutlich geworden. Da die Medien sich in ihrer Berichterstattung über Kriminalität weitgehend an dem orientieren, was ihnen von Politik und Polizeigewerkschaften vorgegeben wird, glaubt die Bevölkerung im Hinblick auf alle oben genannten Straftaten, es habe insoweit in den letzten zehn Jahren einen starken Anstieg der Zahlen gegeben. Die extremste Fehleinschätzung verzeichnen wir zum vollendeten Sexualmord. Er hat seit 1993 von 32 auf 18 abgenommen (- 44 %). Die Bevölkerung glaubt jedoch, er sei um das 3,6-fache angestiegen. Und die große Mehrheit setzt derartige Ängste in die Forderung nach einer deutlich verschärften Strafpraxis um. Da kann es dann nicht überraschen, dass die Politik, populistisch wie sie zunehmend agiert, das Strafrecht seit 1992 zu 40 Straftatbeständen deutlich verschärft hat. Der als Anlage beigefügte Aufsatz informiert Sie darüber sowie über die Konsequenzen, die daraus für die Belegung der Strafanstalten und die Landeshaushalte erwachsen (Monatsschrift für Kriminologie, 2004, S. 415ff).

Aber warum sinkt die Kriminalität im Kernbereich der schweren Delikte? Fünf Antworten liegen auf der Hand:

- Die Vergreisung der Republik fördert die innere Sicherheit. Der starke Rückgang der (gefährlichen) jungen Männer bei gleichzeitigem Anstieg des Bevölkerungsanteils der (ungefährlichen) Senioren, wirkt sich aus.
- Die Polizei arbeitet erfolgreicher als je zuvor. Den Rückgang der ermittlungsintensiven, schweren Delikte hat sie zu einer deutlichen Steigerung der Aufklärungsquote genutzt. Das Risiko der Täter, erwischt zu werden, hat seit 1993 um gut ein Fünftel zugenommen – von 43,8 Prozent auf 54,2 Prozent. Dies hat die Abschreckungswirkung der Strafverfolgung beträchtlich erhöht.

- Der 1992 beschlossene Asylkompromiss und die Stabilisierung der Verhältnisse in den Balkanstaaten haben zu einem starken Rückgang der Kriminalität von Ausländern beigetragen (von 27 % der Tatverdächtigen des Jahres 1993 auf 19 % im Jahr 2004).
- In über 1.000 Städten und Landkreisen sind seit Anfang der neunziger Jahre kommunale Präventionsräte entstanden. Überwiegend sind sie inzwischen aus der Phase des Redens über Kriminalität hinaus gewachsen und haben präventiv wirkende Maßnahmen organisiert.
- Der passive Schutz gegen Straftaten hat in den letzten zehn Jahren erheblich zugenommen. Eine deutlich verbesserte technische Prävention in Wohnungen, Betrieben, Banken und Autos hat sehr zum Rückgang der Straftaten beigetragen.

Da stellt sich die Frage, warum denn dann die Gesamtzahl der von der Polizei registrierten Delikte seit 1993 nur geringfügig abgenommen hat (- 1%). Die Antwort liegt auf der Hand. Die Polizei hat sich nicht auf die faule Haut gelegt, sondern die entstandenen Freiräume sinnvoll genutzt. So ist sie in Schulen und im Rahmen des Gewaltschutzgesetzes verstärkt aktiv geworden. Das hat die erfreuliche Konsequenz, dass die Opfer von Jugendgewalt oder von innerfamiliären Auseinandersetzungen solche Körperverletzungsdelikte weit häufiger als früher zur Anzeige gebracht haben. Ein anderes Beispiel ist die Drogenszene. Verstärkte Kontrollaktivitäten der Polizei haben auch hier zu einer deutlichen Zunahme der Tatverdächtigen geführt. Als Folge verringert sich das Dunkelfeld der Kriminalität. Die steigenden Zahlen solcher Delikte sind also kein Grund zum Jammern, sondern nur Beleg dafür, dass die Polizei gut gearbeitet hat.

Ärgerlich ist nur, dass die Öffentlichkeit über diese Zusammenhänge wenig erfährt. Stattdessen ist sie einer wachsenden Dramatisierung des Bösen ausgesetzt, verlangt deshalb nach immer härteren Strafen und die Justiz verfährt entsprechend. Die Gerichte haben in den letzten 12 Jahren zunehmend häufiger Freiheitsentzug angeordnet und zugleich die Dauer der Freiheitsstrafe beträchtlich erhöht. Trotz der insgesamt günstigen Kriminalitätsentwicklung hat deshalb die Zahl der Strafgefangenen seit 1992 um mehr als 40 Prozent zugenommen. Angesichts von 40 gesetzlichen Strafverschärfungen seit 1992 kann das nicht überraschen. Als Folge davon sind im Unterhalt des Strafvollzuges Mehrkosten in Höhe von über fünf Milliarden Euro entstanden. Hinzu kommen 1,4 Milliarden Euro für 12.000 zusätzliche Gefängniszellen. Und weitere Neubauten sind geplant. Die Politik verhält sich damit so, als läge die Zukunft unseres Landes im Ausbau der Gefängnisse. Dabei wissen wir doch alle, dass die Prioritäten in der Frühförderung von Kindern liegen müssen, im Ausbau von Schulen zu Ganztagschulen, damit der wachsenden Medienverwahrlosung von Kindern und Jugendlichen entgegengewirkt werden kann und in der Stärkung der Universitäten, damit wir konkurrenzfähig bleiben. Zukunftsinvestition Jugend muss zur zentralen Leitlinie der Politik werden. Für eine Fortsetzung des populistischen Kurses, das Strafrecht laufend zu verschärfen, gibt es keinen Grund.

Prof. Dr. Christian Pfeiffer
(Direktor)